






Parteilandschaft Schweiz

Informationen für Lehrpersonen



1/8

Arbeitsauftrag 	<p>In einer Kurzpräsentation wird auf einem einfachen Level die Parteienlandschaft der Schweiz vorgestellt.</p>
Ziel 	<p>Die SuS benennen die grössten Parteien der Schweiz und wissen, was die jeweiligen Abkürzungen bedeuten.</p>
Material 	<p>Powerpoint-Folien Informationstexte</p>
Sozialform 	<p>Plenum</p>
Zeit 	<p>10'</p>

Zusätzliche
Informationen:

- Die SuS fassen ihre Gedanken zusammen.
Die Informationstexte dienen als zusätzliche Gedankenstütze und werden erst am Schluss verteilt.

Parteilandschaft Schweiz

Informationsblätter



2/8

Aufgabe:

Nach dem Vortrag könnt Ihr eure Gedanken zusammenfassen; diese Informationstexte dienen als zusätzliche Gedankenstütze.



FDP. Die Liberalen

Die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz wurde als „Patriotische Assoziation“ im Jahr 1831 gegründet, die sich als „Schutzverein für die Freiheit“ bezeichnete. 1847 wurde der „Schweizerische Volksverein“ ins Leben gerufen, schief jedoch nach der Gründung des Bundesstaates 1848 ein und wurde im Jahr 1873 wieder zum Leben erweckt, als es darum ging, die Bundesverfassung zu revidieren. Die Organisation fiel nach der Annahme der Verfassung wieder auseinander, denn sie hatte keine leitende Idee und kein Ziel, wofür sie kämpfen konnte. Die „Radikal-Demokratische Gruppe der Bundesversammlung“ wurde 1878 gegründet und fasste mit den Liberalen, den Radikalen und den Demokraten verschiedene Richtungen an „Freisinnigen“ zusammen. Die Gründung der Freisinnig-demokratischen Partei im heutigen Sinne erfolgte im Jahr 1894 im Bahnhofbüffet in Olten. 1917 formierten sich Teile der Partei zur BGB (Schweizer Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei), der heutigen SVP. Zwei Jahre später wurde das Proporzwahlverfahren eingeführt, das die Mandate der Freisinnigen im Parlament von 104 auf 63 reduzierte. Bis 1959 war die Partei im Bundesrat aber weiterhin überproportional vertreten, bis die Zauberformel eingeführt wurde, die nur noch zwei Bundesratssitze vorsah.

FDP.Die Liberalen wurde am 1. Januar 2009 gegründet und ist eine der jüngsten Parteien der Schweiz. Sie entstand aus der Fusion der zwei Gründerparteien der modernen Schweiz – der FDP Schweiz und der Liberalen Partei Schweiz.

Die FDP.Die Liberalen hält im Nationalrat heute 29 Sitze und im Ständerat über 12 von 46 Sitzen. Seit 1848 ist die heute drittstärkste Partei im Bundesrat ununterbrochen vertreten und stellte bis zum Rücktritt von Marianne Huber-Hotz bei den Wahlen 2007 ebenfalls die Bundeskanzlerin. Die FDP gilt als staatstragende Partei der Schweiz, weil sie in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts die Schweiz massgeblich formte. Ende April 2006 hat sich die FDP ein neues Erscheinungsbild verpasst, mit dem sie den beabsichtigten Aufbruch signalisiert – weg von sinkenden Mitgliederzahlen, unklaren Ausrichtungen und verstaubtem Image.

Die FDP will eine junge, sensible, urbane und frauenfreundliche Partei sein, die sich auf vier Themen konzentriert: die intelligente Schweiz, die wachsende Schweiz, die gerechte Schweiz und die offene Schweiz. Die FDP verkörpert liberale, freiheitliche und demokratische Werte. Ihre Politik ist geprägt von Toleranz, Gemeinsinn, Verantwortungsbewusstsein, ganzheitlichem Denken und Handeln.

Ende Februar 2009 fusionierte die FDP mit der Liberalen Partei der Schweiz. Die Partei nennt sich fortan „FDP. Die Liberalen“ und passte auch das Logo an. Die Delegiertenversammlung bestätigte die wichtigen Prinzipien: Arbeitsplätze unterstützen, keine Überregulierung, Sicherung guter Rahmenbedingungen für den Finanzplatz und Verhindern der Schuldenwirtschaft. Mit diesen Prinzipien soll die Schweiz in Krise und Aufschwung eine gute Position erhalten.

Einige wichtige Köpfe der FDP: Bundesräte Ignazio Cassis und Karin Keller-Sutter, Ex-Bundesrat Johann Schneider-Ammann und Hans-Rudolf Merz (Bundespräsident 2009), Parteipräsident Thierry Burkart, Fraktionspräsident Damien Cottier, Felix Gutzwiller, Elisabeth Kopp (erste Bundesrätin der Schweiz), die ehemaligen Parteipräsidenten, Gerold Bührer, Rolf Schweizer, Ex-Bundesrat und UBS-VR-Präsident Kaspar Villiger.

Parteilandschaft Schweiz

Informationsblätter



3/8



Die Mitte (früher CVP)

Die Mitte ist eine Partei mit einem breiten Spektrum, das von links der Mitte bis zur konservativen Rechten reicht. Seit den Gesamterneuerungswahlen von 2019 hält die Partei im Nationalrat 31 Sitze, im Ständerat 14 Sitze.

1840 unterzeichneten Vertreter einer konservativen Volksbewegung unter Bauernführer Josef Leu von Ebersol die Ruswiler Erklärung, die sich gegen den liberalen Zeitgeist wandte. Etwas später wurde an gleicher Stelle die Katholisch-Konservative Partei gegründet. Im Jahr 1957 wurde die Partei in Konservativ-Christlichsoziale Volkspartei umbenannt, und Anfang der 1970er Jahre unterzog sich die damalige CVP einer Erneuerung, bei der die Namenswahl viel zu reden gab. Die Christlichdemokratische Volkspartei wurde erst im Jahr darauf gegründet. Das Ende der bisherigen Zauberformel fand mit der Abwahl der CVP-Bundesrätin Ruth Metzler am 10. Dezember 2003 statt, da die Parteistärke der vier Regierungsparteien sich verändert hatte. Seither ist nur noch eine CVP-Vertreterin im Bundesrat. Die damalige CVP erhielt während der Präsidentschaft der Ex-Bundesrätin, Doris Leuthard, eine klare Linie und hat seither in mehreren kantonalen Parlamenten an Stimmen und Mandaten zugelegt. Aus diesem Grunde fordert die Partei immer wieder einen zweiten Bundesratssitz. Für die Bundesratsersatzwahlen vom September 2009 wurde der Freiburger Urs Schwaller nominiert, unterlag aber schliesslich dem FDP-Vertreter Didier Burkhalter.

Das Parteiprogramm von der Mitte ist liberal-sozial und verbindet im Sinne der sogenannten sozialen Marktwirtschaft liberale Grundsätze mit der Gewährleistung von sozialen Grundrechten. Die Expansion in den reformierten Kantonen, in denen die Mitte eine soziale und liberale Politik betreibt, steht der traditionellen Rolle der Mitte in den katholischen Kantonen gegenüber. Teile des sozialen Flügels haben sich Ende der 1980er Jahre wieder von der Mitte gelöst, da sie ihre Interessen in der gemeinsamen Partei zu wenig vertreten sahen. Damit wurde die Christlichsoziale Partei der Schweiz (CSP) reaktiviert.

Im Zuge der EWR-Abstimmung (Europäischer Wirtschaftsraum), bei der die Mitte sich für eine Teilnahme aussprach, gründeten katholisch-fundamentalistische Kreise im Jahr 1992 die ultrakonservativ-nationalistische Katholische Volkspartei (KVP), die aber eine Splittergruppe blieb. Die Mitte versteht sich als Familienpartei.

Einige Köpfe: Bundesrat Martin Pfister, Ex-Bundesrätin Viola Amherd, Ex-Bundesrätin Doris Leuthard; Parteipräsident Gerhard Pfister; Fraktionspräsident Philipp Matthias Bregy, Ex-Bundesrätin Ruth Metzler; Ex-Bundesrat Joseph Deiss; Ex-Ständerat Carlo Schmid; Bundeskanzler Walter Thurnherr.

Parteilandschaft Schweiz

Informationsblätter



4/8



Sozialdemokratische Partei der Schweiz SP

Bevor es zur Gründung der heutigen Sozialdemokratischen Partei kam, wurden im 19. Jahrhundert verschiedene Arbeiterorganisationen wie zum Beispiel der Schweizerische Gewerkschaftsbund gegründet. Diese Arbeiterparteien hatten aber meist nur kurz Bestand, bis dann am 21. Oktober 1888 anlässlich des Schweizerischen Arbeitertages die SP gegründet wurde. Das Majorzwahlverfahren hinderte die Partei, trotz Stimmenzuwachses lange Zeit am Ausbau der politischen Macht. Die erste SP-Initiative zur Einführung des Proporzwahlverfahrens wurde 1910 abgelehnt. Acht Jahre später wurde eine erneute Initiative via Referendum jedoch vom Volk angenommen. Bei den ersten Nationalratswahlen, die nach dem Verhältniswahlrecht im Jahr 1919 durchgeführt wurden, verdoppelte die SP ihre Mandate von 20 auf 41. Bald schon forderte die Partei Regierungsbeteiligung. Im Jahr 1943 ging die SP mit 56 Sitzen als stärkste Fraktion hervor. Mit Ernst Nobs wurde auch erstmals ein Sozialdemokrat in den Bundesrat gewählt. Seit der Einführung der Zaubersformel 1959 ist die SP mit zwei Sitzen im Bundesrat vertreten. Nach den Wahlen 2019 ist die SP mit 39 Sitzen im Nationalrat und 7 Sitzen im Ständerat vertreten und hinter der SVP zweitstärkste Partei der Schweiz.

Die SP vertritt in ihrer Politik traditionell sozialdemokratische, „linke“ Positionen. Dazu gehört ihr Eintreten für einen starken Staat, gegen wirtschaftliche, aber für gesellschaftliche Liberalisierung, für eine aussenpolitische Öffnung der Schweiz und eine auf dem Pazifismus beruhende Sicherheitspolitik. Die SP lehnt in der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik wirtschaftsliberale Anliegen wie Deregulierung, Senkung von Steuern und Staatsausgaben und Einsparungen bei den Sozialversicherungen ab. Sie strebt die Umverteilung von oben nach unten an und steht der Privatisierung von ehemaligen Staatsbetrieben und der Abschaffung von Monopolen (Swisscom, Post, Strommarkt, Fernsehen etc.) skeptisch gegenüber.

Köpfe: Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider, Bundesrat Beat Jans, Ex-Bundesrat Alain Berset, Ex-Bundesrätin Simonetta Sommaruga, Parteipräsidenten Cédric Wermuth und Mattea Meyer, Ex-Bundesrätin Micheline Calmy-Rey, Ex-Bundesrat Moritz Leuenberger, die ehemaligen Bundesräte Ernst Nobs, Pierre Graber, Hans-Peter Tschudi, Willy Ritschard, Otto Stich, Ex-Bundesrätin Ruth Dreifuss.

Parteilandschaft Schweiz

Informationsblätter



5/8



Schweizerische Volkspartei (SVP)

Die Schweizerische Volkspartei wandelte sich von der zentristischen Bauernpartei ab den 1980er Jahren allmählich zu einer bürgerlich-konservativen Volkspartei. Sie positioniert sich heute erfolgreich mit einem auffälligen Oppositionskurs zur Regierungsmehrheit und einer kompromisslosen Rhetorik, mit der sie sich aber oft Vorwürfe des Rechtspopulismus und der Polarisierung einheimst. Nachdem die Partei lange Zeit auf Rang vier der wählerstärksten Parteien blieb, erhöhte die SVP den Wähleranteil in den letzten Wahlen stetig und wurde schliesslich mit 68 Nationalratssitzen und 6 Ständeratsmandaten, wiederum als stärkste Partei bestätigt. Sie errang 2003 auch erstmals eine relative Mehrheit und setzte deshalb ihren Anspruch auf einen zweiten Bundesratssitz durch. Nach der Abwahl von Bundesrat Christoph Blocher im Dezember 2007 und der demokratischen Wahl einer SVP-Nachfolgerin schloss die SVP ihre beiden amtierenden Bundesräte Eveline Widmer-Schlumpf und Samuel Schmid aus der Fraktion aus und kündigte die weitere Politik in der Opposition an, da man in der Regierung nun nicht mehr vertreten sei.

Absplittung eines beachtlichen Teiles der Partei im Jahr 2008 in verschiedenen Kantonen, als Antwort auf die Rausschüsse der Bundesräte Eveline Widmer-Schlumpf und Samuel Schmid und der Kantonalpartei Graubünden. Die SVP-Vertreter der alten Garde sehen die Parteiausschlüsse als notwendige Massnahme gegen alle Parteimitglieder, die eine Abwahl von Ex-Bundesrat Christoph Blocher im Dezember 2007 nicht vehement bekämpften und die Wahl der damals noch SVP-Bundesräte Schmid und Widmer-Schlumpf akzeptierten. Neugründung der Bürgerlich demokratischen Partei der Schweiz im November 2008, nachdem in verschiedenen Kantonen wie Graubünden, Bern oder Glarus bereits während der Sommermonate einzelne Bezirks- und Kantonalparteien gegründet worden waren.

Weitere Kantonalparteigründungen folgten, doch die Partei erhielt erst Ende Februar 2009, mit der Wahl von Nationalrat Martin Landolt aus Glarus, Fraktionsstärke. In der Märzsession 2009 regierte die BDP erstmals als Bundesratspartei mit, da sie nun die nötigen fünf Fraktionsmitglieder vorweisen konnte. Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf regierte damit nicht mehr ohne Fraktionsunterstützung.

Der abgewählte Ex-Bundesrat Christoph Blocher stellte sich im Dezember 2008 für die Ersatzwahl von Bundesrat Samuel Schmid nochmals als Bundesratskandidat zur Verfügung, doch es wurde im Vorfeld der Wahl bereits klar, dass er keine Wahlchancen mehr haben würde. Die SVP schaffte die Rückkehr in die Landesregierung mit der Wahl von Bundesrat Ueli Maurer, der bekräftigte, die Konkordanz zu akzeptieren und sich als gewählter Bundesrat, aus parteipolitischen Spielen herauszuhalten.

Die SVP vertritt in ihrem Programm vor allem national-konservative Positionen. Sie bekämpft den EU-Beitritt und tritt für eine strikte Neutralität des Landes ein. Dazu gehört auch die Opposition gegen die Einbindung der Armee in ausländische Organisationen und gegen die Präsenz von Schweizer Soldaten im Ausland. In der Migrationspolitik setzt sich die Partei für die Verschärfung des Asylrechts und die Eindämmung der Migration ein.

Einige SVP-Köpfe: Bundesrat Guy Parmelin, Bundesrat Albert Rösti, Ex-Parteipräsident und Ex-Bundesrat Ueli Maurer, Ex-Bundesrat Christoph Blocher, Ex-Bundesrat Samuel Schmid (heute BDP), Ex-Bundesrat Adolf Ogi, Parteipräsident Marco Chiesa, Ex-Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf (heute BDP), Fast-Bundesrat Hansjörg Walter (es fehlte lediglich seine eigene Stimme zur Wahl als Bundesrat im Dezember 2008).

Parteilandschaft Schweiz

Informationsblätter



6/8



Grüne Partei der Schweiz

Im Zentrum der Politik der Grünen Partei der Schweiz steht die ökologische, soziale und weltoffene Schweiz. Mit dem Beitritt zur EU wollen die Grünen Verantwortung übernehmen und dort mitbestimmen, wo Entscheide gefällt werden. In Ausländerfragen fordern die Grünen eine offensive Integrationspolitik und eine erleichterte Einbürgerung, insbesondere für junge ausländische Menschen. Der Energiepreis soll erhöht werden und der Ertrag für Sozialversicherungen eingesetzt werden.

Die Grüne Partei der Schweiz ist die stärkste Partei, die nicht im Bundesrat vertreten ist. Bei den Parlamentswahlen 2007 verzeichneten die Grünen einen Wähleranteil von 9,6 Prozent und sicherten sich 12 Nationalrats- und einem Ständeratssitz. Die Ursprünge liegen in der Westschweiz. Weitere Schwerpunkte, die aus der 68er Bewegung hervorgingen, waren stark linker Richtung, insbesondere aus der POCH (Progressive Organisationen der Schweiz) der 1970er Jahre und frühen 1980er Jahre entstammend. Oft wurden die Grünen als „Gurken“, mit der Ökologie als Hauptprogramm, oder „Melonen“ (aussen grün, innen rot) mit sozialpolitischem und weniger ökologischem Engagement bezeichnet. Mehrmals totgesagt, legte die Grüne Partei immer wieder an Wähleranteil zu, insbesondere in den 1990er Jahren, als der Umweltschutz besonders thematisiert wurde.

Einige Köpfe: Präsident Balthasar Glättli, Fraktionspräsidentin Aline Trede, Geri Müller, Ruth Genner, Cécile Bühlmann, Maya Graf, Ex-Parteipräsident Ueli Leuenberger, Therese Frösch, Ruedi Baumann, Bundesratskandidat 2008 Luc Recordon.

Parteilandschaft Schweiz

Informationsblätter



7/8



Grünliberale Partei Schweiz

Die Grünliberale Partei will eine liberale Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik mit einer nachhaltigen Umweltpolitik verbinden. Die Partei ist seit den Schweizer Parlamentswahlen 2015 mit sieben Sitzen im Nationalrat und in fünfzehn kantonalen Parlamenten vertreten.

Die Grünliberalen der Kantone Zürich und St. Gallen haben am 20. Juli 2007 offiziell eine nationale Partei gegründet. Die beiden Kantonalsektionen haben sich an den Schweizer Parlamentswahlen 2007 beteiligt. Bei den Nationalratswahlen gewann die glp 1,4 % der Stimmen und drei Nationalratssitze im Kanton Zürich. Die frühere Zürcher Regierungsrätin Verena Diener wurde zudem im zweiten Wahlgang in den Ständerat gewählt. Für die 48. Legislaturperiode schloss sich die glp mit CVP und EVP des Nationalrates in einer gemeinsamen Fraktion zusammen.

Nach Gründung der nationalen Partei wurden in den beiden folgenden Jahren in den meisten Deutschschweizer Kantonen Sektionen gegründet; im Jahr 2010 schliesslich auch in den französischsprachigen Kantonen Genf und Waadt. Die Grünliberalen traten zwischen 2007 und 2008 bei verschiedenen kantonalen Wahlen in der Deutschschweiz an und konnten dabei jeweils zwischen einem und sechs Sitzen in den Kantonsparlamenten gewinnen. Weitere Kantonsparlamentarier gewann die glp durch Übertritte aus anderen Parteien.

Die Grünliberalen sehen sich als Partei der politischen Mitte und stehen damit nicht links wie die Grüne Partei der Schweiz. Sie wollen eine liberale Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik konsequent mit einer nachhaltigen Umweltpolitik verbinden. Differenzen zur Grünen Partei bestehen insbesondere in wirtschafts- und finanzpolitischen Fragen. Die Grünliberale Partei versucht die Wirtschaft mit der Umwelt zu versöhnen.

Einige wichtige Köpfe der GLP: Präsident Jürg Grossen, Nationalrätin Melanie Mettler, Nationalrätin und Fraktionspräsidentin Tiana Angelina Moser, Nationalrat Jörg Mäder

Parteilandschaft Schweiz

Informationsblätter



8/8



Evangelische Volkspartei

Am 4. März 1917 wurde in der Freien Kirche Uster die «Protestantisch-christliche Partei» gegründet und 1918 in Bern die «Politische Vereinigung christlicher Bürger». Auf Initiative der Berner wurde vor den Nationalratswahlen 1919 die Evangelische Volkspartei der Schweiz in Brugg gegründet. Bei diesen Wahlen gelang der EVP der Gewinn eines Nationalratssitzes im Kanton Zürich.

Ab 1951 bildete die EVP im Nationalrat eine gemeinsame Fraktion mit den Demokraten, danach zwischen 1971 und 1979 mit der Liberalen Partei, anschliessend ab 1979 bis zu dessen Auflösung 1999 mit dem Landesring der Unabhängigen.

Rund 51 Prozent der EVP-Mitglieder kommen aus Freikirchen und 46,5 Prozent aus der reformierten Landeskirche. Die übrigen Mitglieder gehören der Evangelisch-methodistischen Kirche und vereinzelt der Römisch-Katholischen Kirche an.

Bei Fragen der Umverteilung und der Bildung sowie bei Umweltthemen, Ausländer- und Asylpolitik steht die EVP eher links; bei Themen wie Sterbehilfe, Abtreibung oder Partnerschaftsgesetz ist sie eher konservativ. In wirtschafts- und finanzpolitischen Sachfragen vertritt die EVP Positionen der politischen Mitte.

Einige wichtige Köpfe der EVP: Präsidentin Lilian Studer, Vizepräsident Nik Gugger, Vizepräsident François Bachmann, Generalsekretär Roman Rutz